

Rechtsfragen zur neuen Medientransparenz

Dr. Florian Philapitsch, LL.M.

KommAustria



Transparenz so weit das Auge reicht

- „Transparenzpaket I“
 - erweiterte Impressumspflicht
 - **Inserateninhalt („Kopfverbot“)**
 - **Meldepflichten nach MedKF-TG**

- „Transparenzpaket II“
 - Korruptionsstrafrecht
 - Parteiengesetz
 - Parteien-Förderungsgesetz
 - Unvereinbarkeitsgesetz

- „Transparenzpaket III?“



„Medientransparenzgesetz“

- Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG)
 - in Kraft ab 01.07.2012
 - „wahrnehmbar“ ab 15.12.2012

- BVG Medienkooperation und Medienförderung (BVG MedKF-T)
 - Einschränkung der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung
 - Neue Aufgaben für die (weisungsunabhängige) KommAustria
 - Neue Aufgaben für den Rechnungshof



Was ist zu melden?

- Medienkooperationen
 - für Zeitungen, periodische Zeitschriften, Radio, Fernsehen, Websites und Abrufdienste.
 - Inserate, Werbeaufträge, Medienkooperationen
 - quartalsweise Summe der Ausgaben ausgewiesen nach Rechtsträger und konkretem Medium
 - vier Mal pro Jahr jeweils zwei Wochen nach Ablauf des Quartals
 - Bagatellgrenze: 5.000 Euro pro Quartal und Medium

- Förderungen

- „Leermeldungen“

- Verwaltungsstrafen
 - Bis zu € 20.000 bei Unterlassen oder Falschmeldung
 - Bis zu € 60.000 bei (unmittelbarer) Wiederholung



Wer hat zu melden?

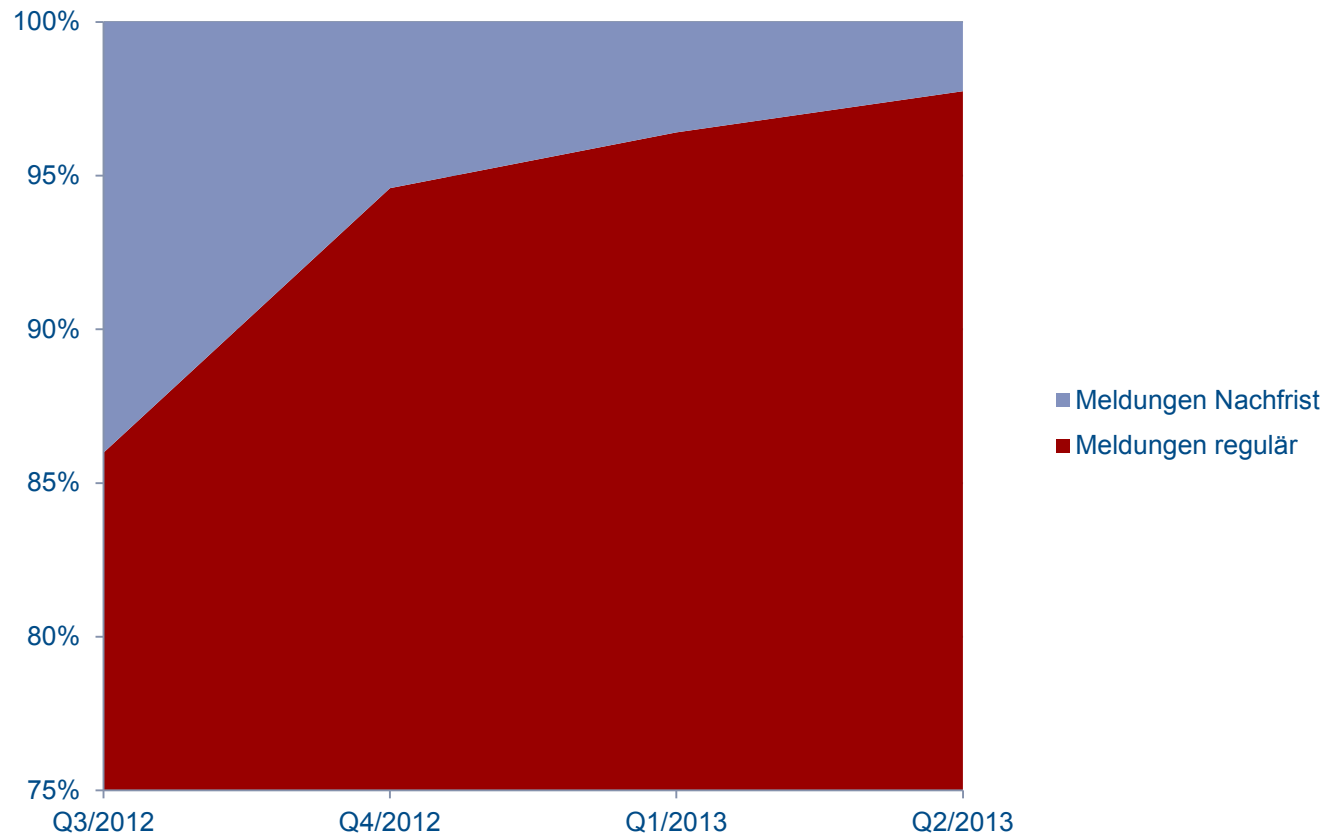
- Sämtliche der Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof unterliegenden Rechtsträger
 - Bund / Länder
 - Stiftungen, Fonds und Anstalten die durch den Bund / die Länder verwaltet werden
 - Unternehmungen an denen der Bund / die Länder mehrheitsbeteiligt ist
 - Öffentlich-rechtliche Körperschaften mit Mitteln des Bundes / der Länder
 - Träger der Sozialversicherungen
 - Gemeinden mit mind. 10 000 Einwohnern
 - Gemeindeverbände
 - Gesetzliche berufliche Vertretungen

- Masterliste des Rechnungshofs?

- Verfahren bei „false positive“?

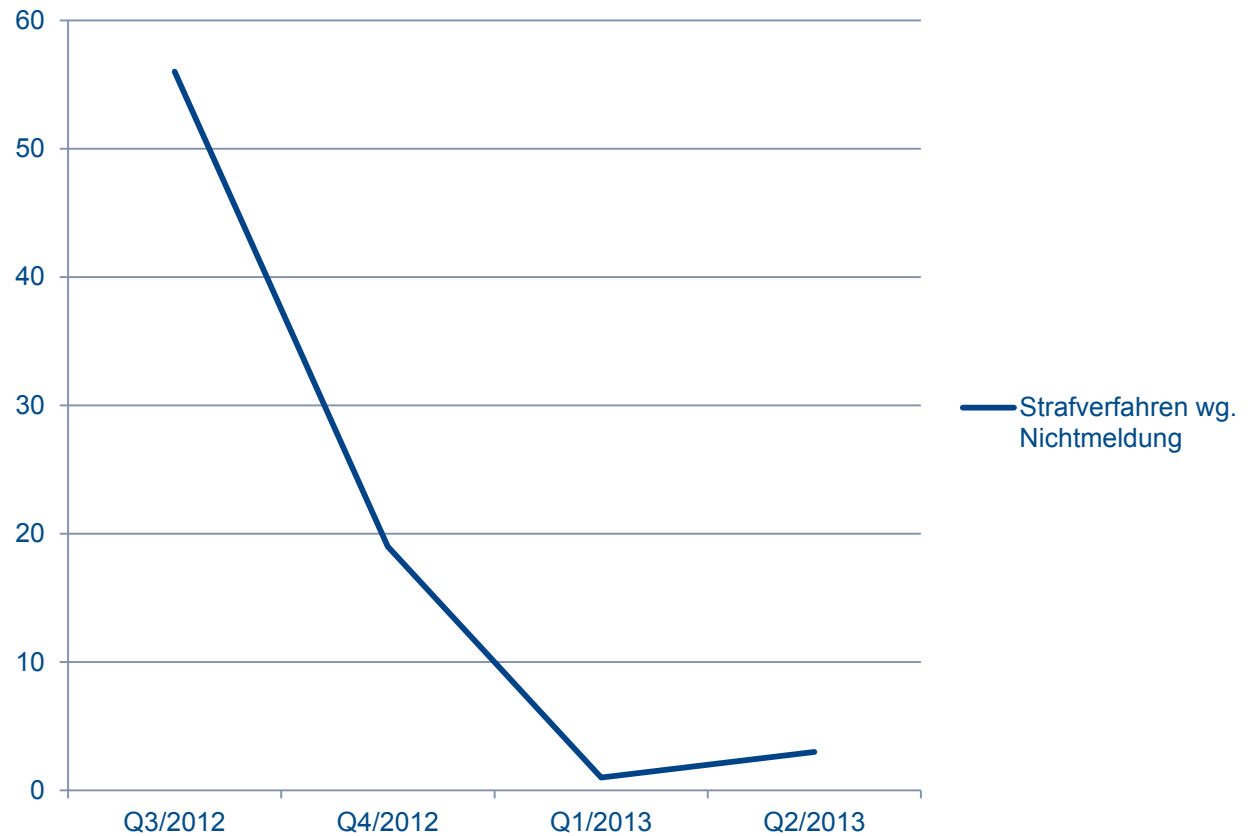


„Meldedisziplin“





Strafverfahren wegen unterlassener Meldung



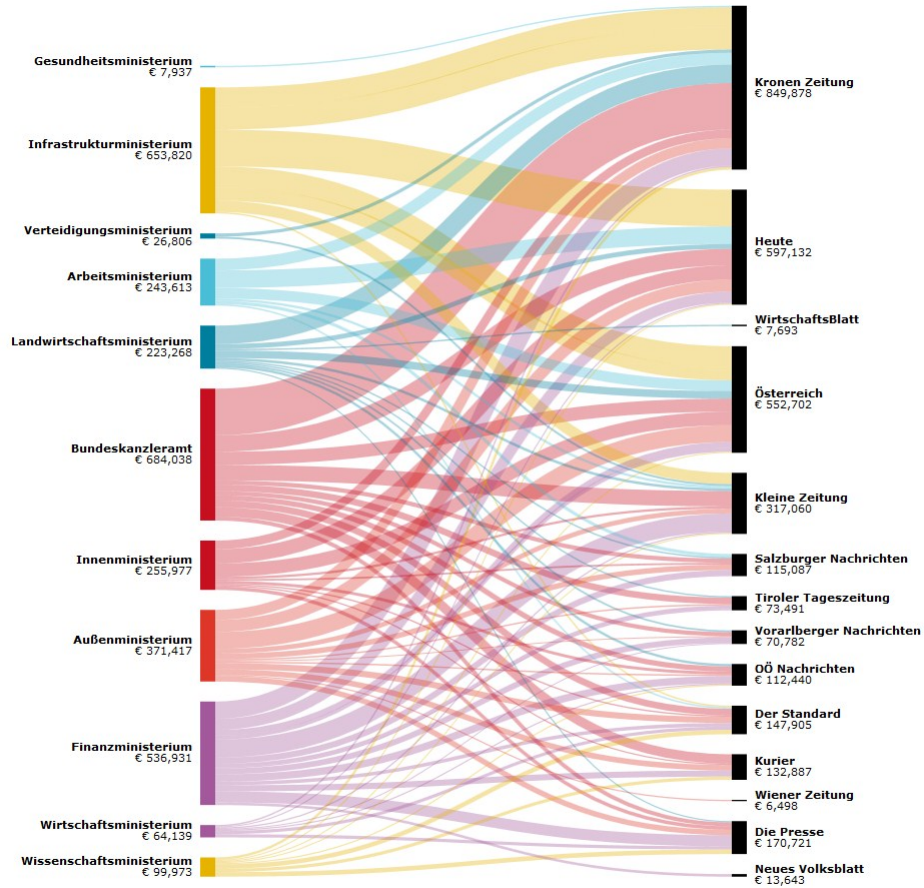


Open Government Data...

- Prämissen
 - KEINE Wertung
 - KEINE Verwertung
- „Aufschlüsselung hinsichtlich des Auftraggebers“
- Intransparenz durch volle Transparenz?
- data.gv.at



... und was man draus machen kann



HORIZONT + paroli



Falschmeldungen

- § 2 Abs. 1

Bekanntgabepflicht bei Aufträgen

[...]den **Namen des jeweiligen periodischen Mediums**, in dem [...] Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie **die Gesamthöhe des [...]** zu leistenden **Entgelts [...]**

- § 5 Abs. 2

[...] wer eine Bekanntgabe veranlasst, deren **Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit offensichtlich** ist oder von der KommAustria aus Anlass einer Mitteilung des Rechnungshofes im Zuge der Gebarungskontrolle eines Rechtsträgers festgestellt wurde [...]



Was wurde „falsch“ gemeldet?

- **Medieninhaber** (zB Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GesmbH & Co KG, Russmedia GmbH, Wiener Bezirksblatt GmbH),
- **Verlage** (zB Manstein-Verlag, Wirtschaftsverlag, Deutscher Landwirtschaftsverlag),
- **Werbeagenturen**
- **Vermittler von Werbeleistungen** (zB ORF Enterprise GmbH & Co KG, RailAd Railway Advertising, Gewista WerbeGmbH),
- **Vermarktungsunternehmen** (zB RMA Media Services GmbH, Plista Online Werbenetzwerk),
- **Produktionsgesellschaften** (zB TV Friends, RSL Tirol TV Filmproduktion),
- **einzelne Sendungen** (zB ORF Jahreszeiten, Wetter, Österreich Bild),
- **einzelne Veranstaltungen** (zB Salzburger Verkehrstage, 19th IST World Congress Vienna 2012),
- **Werbeformen** (zB Paid Search, AdWords) oder
- **Sammelbegriffe für mehrere Einzelmedien** (zB Regionalzeitung, Wirtschaftskammer Zeitungen).



„Falschmeldungen“ im Gesamtkontext

■ 2012Q4

Summe falsch	3.522.489,73 €	144
Summe Fördermittel	64.908.621,78 €	2833
Anteil	5%	5%

■ 2013Q1

Summe falsch	1.824.452,56 €	126
Summe Fördermittel	41.915.908,42 €	2000
Anteil	4%	6%



„Du sollst Dir kein Bildnis machen.“

- § 3a MedKF-TG („Inhaltliche Anforderungen“)
- Veröffentlichungen haben
 - ausschließlich der Deckung eines konkreten Informationsbedürfnisses der Allgemeinheit zu dienen
 - das in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Wirkungsbereich des jeweiligen Rechtsträgers steht.
- Veröffentlichungen sind unzulässig, wenn sie
 - keinen konkreten Bezug zur Deckung eines Informationsbedürfnisses aufweisen und
 - ausschließlich oder teilweise lediglich der Vermarktung der Tätigkeit des Rechtsträgers dienen
- „Kopfverbot“
 - Hinweis auf Bundespräsident, Bundesminister und Staatssekretäre sowie die Mitglieder der Landesregierungen



Rechtsprechung der Instanz

- Feststellungsverfahren zur Meldepflicht
 - BKA
 - (K)ein Verfahren nach Art. 126a B-VG

- Gemeindeverbände unter 10.000 Einwohner
 - UVS Wien
 - „Keine RH-Kontrolle bei Territorien unter 10.000 Einwohner“

- „Leermeldungen“
 - UVS Wien
 - ...
 - ...
 - ...
 - „vermag [...] nicht wirklich zu überzeugen“



Fazit nach einem Jahr

- **Positiv**
 - Informationsarbeit erfolgreich
 - Meldedisziplin ausgezeichnet
 - „Akzeptanz“ durch Meldepflichtige
 - Erfolgsfaktor OGD
 - Aufbereitung durch Medien

- **Negativ**
 - Möglichkeit zur „Bekämpfung“ der Meldepflicht
 - Falschmeldungen

Rechtsfragen zur neuen Medientransparenz

Dr. Florian Philapitsch, LL.M.

KommAustria